

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/3930 –**

### **Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen**

#### **A. Problem**

Der Iran steht nach Auffassung der antragstellenden Fraktion möglicherweise vor den größten innenpolitischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit der sogenannten „Islamischen Revolution“ im Jahr 1979. Seit langen Jahren besteht, so der Antragstext weiter, die einmalige Chance, systematische Verbesserungen für die Lage der Frauen im Iran zu erreichen und einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Freiheitsrechten zu erreichen. Die Bundesregierung wird daher u. a. aufgefordert: 1. sich für die Einberufung eines Sonderrates der Europäischen Union zur Lage im Iran einzusetzen; 2. die Maßnahmen und Mittel zur Unterstützung der Protestbewegung im Iran deutlich auszuweiten und der iranischen Bevölkerung v. a. Zugang zu Kommunikationsmedien wie verschlüsselter Telefonie, Internet und Satellitenkommunikation zu ermöglichen; 3. demokratische oppositionelle Iranerinnen und Iraner, insbesondere iranische Kurdinnen und Kurden, im Exil in Deutschland bei ihrer Arbeit zu unterstützen; 4. die EU-Sanktionen in deutlichem Maße auf alle Personen und Organe des iranischen Regimes auszuweiten, die mit der Unterdrückung der aktuellen Proteste befasst sind bzw. an dieser beteiligt sind; 5. sich für eine EU-weite Listung der sogenannten Revolutionsgarden einzusetzen, Mitglieder mit Einreisesperren und Einfrieren von Vermögenswerten zu belegen; 6. das sogenannte „Instrument in Support of Trade Exchanges“ (INSTEX), das den Handelsaustausch zwischen dem Iran und der EU ermöglichen sollte, in enger Absprache mit unseren Partnern umgehend einzustellen und aufzugeben; 7. die laufenden Gespräche über ein mögliches Fortsetzen des „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA; „Iran-Nuklearabkommen“) im Lichte der weiteren Reaktion der iranischen Führung auf die anhaltenden Proteste mit den anderen E3+3-Partnern neu zu bewerten; 8. innerhalb der Bundesregierung schnellstmöglich ein Instrumentarium zu entwickeln, um schnell, gezielt und effizient auf Bedrohungen gegen Frauen und von Frauenrechten in anderen Staaten reagieren zu können und somit eine ernsthafte und schlagkräftige frauenorientierte Außenpolitik zu schaffen; 9. sich dafür einzusetzen, dass das „Islami-

sche Zentrum Hamburg“ als Drehschreibe der Operationen des islamischen Regimes des Iran in Deutschland geschlossen wird und in einem ersten Schritt sämtliche Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen in Deutschland unterbunden wird.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Keine.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen  
den Antrag auf Drucksache 20/3930 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2022

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Thomas Erndl**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Michael Müller**  
Berichterstatter

**Jürgen Hardt**  
Berichterstatter

**Jürgen Trittin**  
Berichterstatter

**Ulrich Lechte**  
Berichterstatter

**Eugen Schmidt**  
Berichterstatter

**Dr. Gregor Gysi**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Michael Müller, Jürgen Hardt, Jürgen Trittin, Ulrich Lechte, Eugen Schmidt und Dr. Gregor Gysi

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/3930** in seiner 59. Sitzung am 12. Oktober 2022 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Heimat, dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Iran steht nach Auffassung der antragstellenden Fraktion möglicherweise vor den größten innenpolitischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit der sogenannten „Islamischen Revolution“ im Jahr 1979. Seit langen Jahren besteht, so der Antragstext weiter, die einmalige Chance, systematische Verbesserungen für die Lage der Frauen im Iran zu erreichen und einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Freiheitsrechten zu erreichen. Die Bundesregierung wird daher u. a. aufgefordert: 1. sich für die Einberufung eines Sonderrates der Europäischen Union zur Lage im Iran einzusetzen; 2. die Maßnahmen und Mittel zur Unterstützung der Protestbewegung im Iran deutlich auszuweiten und der iranischen Bevölkerung v. a. Zugang zu Kommunikationsmedien wie verschlüsselter Telefonie, Internet und Satellitenkommunikation zu ermöglichen; 3. demokratische oppositionelle Iranerinnen und Iraner, insbesondere iranische Kurdinnen und Kurden, im Exil in Deutschland bei ihrer Arbeit zu unterstützen; 4. die EU-Sanktionen in deutlichem Maße auf alle Personen und Organe des iranischen Regimes auszuweiten, die mit der Unterdrückung der aktuellen Proteste befasst sind bzw. an dieser beteiligt sind; 5. sich für eine EU-weite Listung der sogenannten Revolutionsgarden einzusetzen, Mitglieder mit Einreisesperren und Einfrieren von Vermögenswerten zu belegen; 6. das sogenannte „Instrument in Support of Trade Exchanges“ (INSTEX), das den Handelsaustausch zwischen dem Iran und der EU ermöglichen sollte, in enger Absprache mit unseren Partnern umgehend einzustellen und aufzugeben; 7. die laufenden Gespräche über ein mögliches Fortsetzen des „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPoA; „Iran-Nuklearabkommen“) im Lichte der weiteren Reaktion der iranischen Führung auf die anhaltenden Proteste mit den anderen E3+3-Partnern neu zu bewerten; 8. innerhalb der Bundesregierung schnellstmöglich ein Instrumentarium zu entwickeln, um schnell, gezielt und effizient auf Bedrohungen gegen Frauen und von Frauenrechten in anderen Staaten reagieren zu können und somit eine ernsthafte und schlagkräftige frauenorientierte Außenpolitik zu schaffen; 9. sich dafür einzusetzen, dass das „Islamische Zentrum Hamburg“ als Drehschreibe der Operationen des islamischen Regimes des Iran in Deutschland geschlossen wird und in einem ersten Schritt sämtliche Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen in Deutschland unterbunden wird.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3930 in seiner 24. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3930 in seiner 38. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3930 in seiner 26. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3930 in seiner 23. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3930 in seiner 26. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über die Vorlage auf Drucksache 20/3930 in seiner 27. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Berlin, den 30. November 2022

**Michael Müller**  
Berichtersteller

**Jürgen Hardt**  
Berichtersteller

**Jürgen Trittin**  
Berichtersteller

**Ulrich Lechte**  
Berichtersteller

**Eugen Schmidt**  
Berichtersteller

**Dr. Gregor Gysi**  
Berichtersteller





